

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Andreas Walter	Grüne/B90	entschuldigt
---------------------	-----------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	entschuldigt
--------------------	------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Benjamin Karl	DIE LINKE	nicht teilgenommen
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	entschuldigt
---------------------	-------------------------------------	--------------

Gäste

Frau Marina Kluge	(FB Ordnung und Sicherheit) zu TOP 3.7
Frau Kristina Triik	(FB Ordnung und Sicherheit) zu TOP 3.8
Frau Marlene Zierock	(FB Ordnung und Sicherheit) zu TOP 3.7
Herr Andreas Goetzmann	(FB Stadtplanung und Stadterneuerung) zu TOP 3.1, 3.5 und 3.6
Dennis Hohloch	(AfD) zu TOP 3.6

Niederschrift:

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.05.2015 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See
Vorlage: 14/SVV/1085
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV

- 3.2 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen
Vorlage: 15/SVV/0043
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
B/Sp., FA, HA
- 3.3 Bedingungen und Auflagen zur Schmutzwasserentsorgung beim
Fassadenreinigen/Fassadenabbeizen
Vorlage: 15/SVV/0200
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 Bearbeitungszeit für Anträge auf Fällgenehmigungen
Vorlage: 15/SVV/0362
Fraktion DIE LINKE
- 3.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 "Waldpark Großbeerenstraße"
Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag sowie
Änderung des Flächennutzungsplans "Waldpark Großbeerenstraße"(03/14)
Vorlage: 15/SVV/0358
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)
- 3.6 Bessere Anbindung an das Fernbusliniennetz
Vorlage: 15/SVV/0368
AfD Fraktion
- 3.7 Abfallentsorgungssatzung 2016
Vorlage: 15/SVV/0376
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 3.8 Bürgerservice - Service auch ohne Anmeldung
Vorlage: 15/SVV/0383
Fraktion DIE LINKE
MB
- 3.9 Sitzungskalender 2016
Vorlage: 15/SVV/0371
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
auch WA KIS
- 3.10 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 21.5.2015 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird wie vorgelegt mit 7/0/0 bestätigt.

Zur Tagesordnung teilt Herr Fröhlich im Namen des Einbringers zum TOP 3.2 „Potsdam steht an den Titel ‚Fairtrade-Town‘ zu erlangen“ mit, dass der Antrag 15/SVV/0043 nochmals zurückgestellt wird, da das reguläre Mitglied, Herr Walter, den er heute vertritt, erkrankt sei. Zudem fehle es an einem Votum des Finanzausschusses.

Zum TOP 3.3 erklärt Herr Fröhlich den Antrag durch die Antwort der Verwaltung auf die Besprechung aus der Sitzung des KOUL-Ausschusses vom 21.5.2015, die diesem Protokoll anhängt, durch Verwaltungshandeln erledigt. Hierzu bedarf es in Sitzung demnach keine Besprechung mehr.

Mit diesen Hinweisen wird die Tagesordnung wie vorgelegt mit 7/0/0 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See

Vorlage: 14/SVV/1085

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) erläutert den verwaltungsseitigen Sachstand und geht auf den Ortstermin im Februar diesen Jahres ein. Von Seiten der Verwaltung sieht er keinen weiteren Handlungsbedarf; denkbar wären gegebenenfalls größere Hinweisschilder „Spielende Kinder“. Die Errichtung angedachter Bodenwellen / -vertiefungen schließt er aus; im Sinne der Barrierefreiheit seien diese unverhältnismäßig.

Herr Fröhlich unterbreitet den Vorschlag, bei einer ausreichenden Beschilderung mit der Aufschrift „Achtung spielende Kinder“, den Antrag als durch

Verwaltungshandeln erledigt zu betrachten.

Herr Goetzmann stimmt dem Vorschlag zu und nimmt die Fragen, wo konkret und wie eine solche Beschilderung erfolgen kann, zur Beantwortung auf.

Nachdem Frau Lentz, aufgrund gemeinsamer Nutzung als Rad- und Fußgängerweg des betreffenden Abschnittes, auch auf die Gefährdung von Fußgängern an dieser Stelle hingewiesen hat, wird der Antrag mit Einverständnis des Einbringers nochmals zurückgestellt.

zu 3.2 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen

Vorlage: 15/SVV/0043

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
B/Sp., FA, HA

Der Antrag wird gemäß den Ausführungen aus TOP 2 zum Punkt „Feststellung der öffentlichen Tagesordnung“ zurückgestellt.

zu 3.3 Bedingungen und Auflagen zur Schmutzwasserentsorgung beim Fassadenreinigen/Fassadenabbeizen

Vorlage: 15/SVV/0200

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Vorlage ist durch Verwaltungshandeln erledigt. (sh. Ausführungen TOP 2 zum Punkt „Feststellung der öffentlichen Tagesordnung“)

zu 3.4 Bearbeitungszeit für Anträge auf Fällgenehmigungen

Vorlage: 15/SVV/0362

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Beck (FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) erklärt die verwaltungsseitige Unterstützung des Antrages und informiert über die derzeitige Erarbeitung der Novellierung der Baumschutzverordnung sowie einer laufenden Personaluntersuchung zur Ermittlung des Personalbedarfes.

Herr Piest weist auf die Diskrepanz einer derzeitigen durchschnittlichen Bearbeitungszeit von vier Monaten und einer Bearbeitungszeit von vier Wochen, wie im Antrag gefordert, hin.

Herr Boede erkundigt sich nach einem finanziellen Verlust für die Stadt Potsdam und fragt nach Ersatzmaßnahmen durch Zahlungen anstelle von Pflanzungen sowie die technischen Möglichkeiten der Umsetzung von Ersatzpflanzungen.

Herr Jäkel geht auf die Bedenken ein und erklärt zudem, dass es dem Einbringer

nicht um eine Änderung der Baumschutzverordnung gehe.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Bearbeitungszeit für Anträge auf Fällgenehmigungen auf vier Wochen verkürzt wird.

Die SVV ist im Dezember 2015 über den erreichten Stand schriftlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 3.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 "Waldpark Großbeerenstraße" Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag sowie Änderung des Flächennutzungsplans "Waldpark Großbeerenstraße"(03/14) Vorlage: 15/SVV/0358

FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie. Er geht auf die Besonderheit bei Vorhabenbezogenen Bebauungsplänen ein, bei denen keine unmittelbaren Bauänderungsanträge möglich seien. Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt er den Sachstand dar und weist zugleich auf die Frage aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nach einer Durchwegung / Anbindung an die Grotrianstraße / Ziolkowskistraße, um den Spielplatz zugänglich zu machen hin. Diese sei zwar über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht möglich, eventuell aber über eine bereits erfolgte Anfrage bei der betreffenden Wohnungsgenossenschaft, deren Rückmeldung noch aussteht.

Herr Boede erkundigt sich nach der Größe der Fläche sowie nach den Ausgleichsmöglichkeiten, für die Herr Goetzmann beispielsweise die Aufwertung durch Pflegemaßnahmen anführt und Herr von Osten-Sacken die Ausgleichsmaßnahmen, wie sie in der Anlage zu dem Antrag aufgeführt sind, aufgreift.

Die Nachfrage von Herrn Wartenberg, ob das betreffende Gebiet eingezäunt sei, bejaht Herr Goetzmann und zeigt den Verlauf anhand der Karte auf. Auf die Nachfrage, wie mit der Vegetation an der Stelle der geplanten „Durchwegung“ umgegangen werden soll, gibt er an, dass man sich diesbezüglich mit der

Wohnungsgenossenschaft verständigen werde.

Herr Jäkel erkundigt sich, ob erwähnter Zugang ermöglicht werden soll, was Herr Goetzmann bejaht.

Herr Beck (FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur) ergänzt, dass die Entscheidungen über Umwandlungen von Waldflächen und über den Ort der Ausgleichsmaßnahmen durch die Forstbehörde getroffen würden und das auch nur auf Antrag.

Herr Boede äußert Bedenken bezüglich der Planungssicherheit. Er sieht die Bemühungen der Stadt, den Grünverlust auszugleichen nicht und hält den Antrag für nicht zustimmungsfähig.

Herr Goetzmann betont abschließend noch einmal, dass die Landeshauptstadt Potsdam auf den Ort der Ersatzmaßnahmen keinen Einfluss hat.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 33 "Waldpark Großbeerenstraße" sowie der dazugehörige Vorhaben- und Erschließungsplan sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (gemäß Anlagen 3, 4 und 5).
2. Dem Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan (siehe Anlage 6) wird gemäß § 12 Abs. 1 BauGB zugestimmt, soweit aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kein Änderungsbedarf mehr resultiert.
3. Die Änderung des Flächennutzungsplans "Waldpark Großbeerenstraße" (03/14) ist im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen (Anlage 7).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.6 Bessere Anbindung an das Fernbusliniennetz
Vorlage: 15/SVV/0368
AfD Fraktion

Herr Hohloch (AfD) bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Bei einer eventuellen Überlastung des Hauptbahnhofes durch die Fernbusse schlägt er als weitere Standorte den Bahnhof Rehbrücke oder den Abzweig Betriebshof vor.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) teilt mit, dass die Verwaltung dem Antrag grundsätzlich folgen könne, zurzeit aber nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten sehe. Gegen den Hauptbahnhof als Standort spreche die zu weite Entfernung zum Autobahnnetz sowie die zu geringe Platzkapazität, um zum Linienverkehr auch noch Fernbusse aufnehmen und adäquat abfertigen zu können. Zudem sei nicht klar, welcher Auftrag aus dem Antrag hervorgehe. Bezüglich des Standortes Bahnhof Rehbrücke gibt er potentielle Konflikte mit den Nachbargemeinden, beispielsweise Nuthetal, zu bedenken. Bevor ein solcher Antrag gestellt werden könne, müssten Standorte und das zu erwartende Konfliktpotential geprüft werden.

Herr Jäkel befindet, solange es keinen Eisenbahnfernkehr gäbe, ist ein Fernbusliniennetz besser als gar kein Fernverkehr und schlägt folgende Änderung des Antrages vor: Anstelle von „...etwaige weitere Standorte für die erforderliche Haltestelleninfrastruktur zu ermöglichen“, soll es jetzt heißen: „... **abzuprüfen, welche etwaige weiteren Standorte für die erforderliche Haltestelleninfrastruktur zu ermöglichen in Frage kommen.**“

Herr Hohloch übernimmt den Vorschlag und der Ausschussvorsitzende stellt die entsprechend geänderte Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den wie folgt geänderten Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Herr Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere Anbindung der Landeshauptstadt Potsdam an das Fernbusliniennetz aktiv zu fördern sowie **abzuprüfen, welche etwaige weiteren Standorte für die erforderliche Haltestelleninfrastruktur zu ermöglichen in Frage kommen.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2015 ein Fortschrittsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 3.7 Abfallentsorgungssatzung 2016
Vorlage: 15/SVV/0376
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) bringt die Vorlage ein und erläutert den Sachstand. Aus den Rückmeldungen der angeschriebenen Haushalte ergaben sich eine große Anzahl an Eigenkompostierern sowie Haushalte, die den

Teilservice beantragten. Der ebenfalls zur Auswahl stehende Vollservice sei nur in sehr geringem Maße gewählt worden.

Herr Lack fragt nach der Absetzung der Kosten für Menschen mit Behinderung, was Frau Kluge verneint.

Auf Rückfragen einiger Mitglieder bezüglich unterschiedlicher negativer Angewohnheiten von Verbrauchern bzw. Unwissenheit gibt Frau Kluge an, durch anstehende Öffentlichkeitsarbeit ein Umdenken fördern zu wollen. Geplant seien Aufklärungsarbeit durch Flyer, Plakate in Wohngebieten, Filme, die bei den Verkehrsbetrieben zu sehen sein werden, Werbung im Internet sowie „Sortierhilfen“; die Verringerung der Restmüllabholung und mobile Wertstoffcontainer in den Hochsaisons. Neben allgemeiner Pressearbeit sollen auch Vermieter mit ins Boot geholt werden.

Herr Pahnhenrich hat Bedenken bezüglich der Kontrolle der Eigenkompostierer bzw. eines möglichen Wildkompostierens.

Frau Kluge erwidert, dass das Kontrollrecht in der Satzung enthalten sei und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung erfolgen werden.

Frau Lentz regt als Hinweis für die Verwaltung Stichprobenkontrollen bezüglich eines Verstoßes gegen das Wildkompostieren an.

Auf die Nachfrage nach tierischen Abfällen bestätigt Frau Zierock (FB Ordnung und Sicherheit), dass bezüglich Kochabfällen bei privaten Haushalten kein gesonderter Antrag nötig sei.

Die Nachfrage von Herrn Matz, ob die Anlage in Nedlitz bestehen bleibt, bejaht Frau Kluge.

Herr Rietz erkundigt sich nach dem Stand der Verwertung und den derzeitigen Einnahmen.

Frau Kluge gibt daraufhin an, dass man mit der STEP (Stadtentsorgung Potsdam GmbH) im Gespräch sei. Eine Ausschreibung für die Verwertung erfolgt nächstes Jahr. Einnahmen werden im Moment keine erzielt. In vielen Bereichen fehlten die Erfahrungswerte, die man erst mit dem ersten Betrieb sammeln könne.

Herr Jäkel schlägt vor, im Laufe des ersten Zyklus auch zu prüfen, ob die in § 22 Absatz 2 der Abfallentsorgungssatzung benannte einwöchige Entleerung der Biotonnen nicht auch alle zwei Wochen möglich sei.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam
(Abfallentsorgungssatzung)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 3.8 Bürgerservice - Service auch ohne Anmeldung
Vorlage: 15/SVV/0383
Fraktion DIE LINKE
MB

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) hält die Diskussion um den Antrag für ein Missverständnis und den Antrag für bereits durch Verwaltungshandeln erledigt.

Frau Trilk (FB Ordnung und Sicherheit) erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den Sachstand. Demnach sei der Besuch des Bürgeramtes samstags und für Abholungen auch weiterhin ohne Termin möglich. Der Unterschied gegenüber der Ziehung einer Wartemarke am Automaten sei grundsätzlich lediglich, dass die Terminvergabe nun durch eine Mitarbeiterin erfolgt. Hier läge der Vorteil darin, dass der genaue Zeitpunkt der Bearbeitung bekannt gegeben wird und der Kunde nicht mehr gezwungen, ist vor Ort auf die Aufrufung seiner Nummer zu warten. Da auch die Prüfung der benötigten Unterlagen bereits bei der Vergabe des Termins und nicht mehr erst im Termin selbst vorgenommen würde, könnte man in dieser Zeit beispielsweise noch fehlende Unterlagen beschaffen. Online würden ohnehin nur 40 Prozent der gesamten Termine vergeben, sodass noch ausreichend Termine für Besucher bereit stünden, die ohne vorherige Anmeldung kämen.

Herr Boede zweifelt diese Ausführungen an und berichtet von gegenteiligen Erfahrungen.

Frau Trilk betont nochmals, dass der Unterschied nur darin liege, dass der Termin jetzt nicht mehr von einem Automaten, sondern von einer Mitarbeiterin ausgegeben werde, was zudem die bereits erwähnten Vorteile biete.

Herr Wendt möchte wissen, wie viele Vorgänge pro Ticket abgearbeitet werden.

Frau Trilk teilt mit, dass im Sinne der Planbarkeit jeweils nur ein Vorgang je Ticket

bearbeitet werden kann.

Herr Matz regt an, die Terminvergabe im Internet präserter zu gestalten.

Nach weiterer Diskussion stellt Herr Jäkel fest, dass der Antrag bereits durch Verwaltungshandeln erledigt ist. Hiergegen gibt es keine Einwände. Es wird jedoch die Bitte an die Verwaltung gerichtet, die Telefonnummern für die Terminvergabe sowie den entsprechenden Internetpfad in das Protokoll mit aufzunehmen. Die Verwaltung stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Im Nachgang zu der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 18.6.2015 teilt die Verwaltung folgendes mit:

Die Einwahl zum Bürgerservicecenter läuft nach wie vor über die Telefonnummer **0331 / 289 1111**, aber auch über **0331 / 289 0**.

Wenn man einen Termin für das Bürgerservicecenter online buchen möchte, geht man über www.potsdam.de auf die Startseite der Landeshauptstadt Potsdam und wählt aus der obersten Zeile den Link „Bürgerservice“ aus. Nun wiederum wählt man auf der linken Seite den Button „Bürgerservice“. In der unteren Mitte dieser Seite ist die „Terminverwaltung online des Bürgerservicecenters“ verlinkt. Nun ist man direkt in der Online-Terminvereinbarungssoftware.

zu 3.9 **Sitzungskalender 2016**

Vorlage: 15/SVV/0371

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
auch WA KIS

Frau Lentz stellt fest, dass die Sitzungen für den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung auch im kommenden Jahr jeweils an einem Donnerstag stattfinden. Diesbezüglich kritisiert sie, dass sich der Beigeordnete, Matthias Klipp, bereits in diesem Jahr an den Donnerstags-Terminen des Ausschusses hat vertreten lassen. Die permanente Abwesenheit des Beigeordneten in den Sitzungen erachtet sie als Missachtung der Ausschussmitglieder und fordert für 2016 die Teilnahme von Herrn Klipp an den Ausschusssitzungen.

Dieser Bitte schließen sich auch die übrigen Ausschussmitglieder an.

Bezüglich der vorgeschlagenen Termine gibt es keine Einwände. Es wird festgestellt, dass im Juli und Dezember keine Sitzungen des KOUL-Ausschusses vorgesehen sind. Die Ausschussmitglieder regen an im Dezember 2016 einen zusätzlichen Sitzungstermin aufzunehmen. Hier wird der 15.12. vorgeschlagen.

Der Ausschussvorsitzende stellt unter Aufnahme des vorgeschlagenen Termins den Sitzungskalender zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den um den 15.12.2016 als zusätzlichen Sitzungstermin des KOUL-Ausschusses ergänzten Sitzungskalender zur Beschlussfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2016 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Zusätzlich ist als Sitzungstermin für den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung der 15.12.2016 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 3.10 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht

Vorlage: 15/SVV/0378

Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation
(Mitteilungsvorlage)

Der Vorsitzende teilt mit, dass zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage aus der Verwaltung niemand anwesend ist, Rückfragen hierzu aber aufgenommen und zur Beantwortung weitergeleitet werden. Dieser Wunsch besteht nicht.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 15/SVV/0378 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 5 Sonstiges

Keine.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift